

**18.03.25****Antrag**  
**des Landes Niedersachsen**

---

**Entschließung des Bundesrates: Potentiale der Industrie zur nachhaltigen Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bestmöglich ausschöpfen**

Niedersächsischer Ministerpräsident

Hannover, 18. März 2025

An die  
Präsidentin des Bundesrates  
Frau Ministerpräsidentin  
Anke Rehlinger

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, dem Bundesrat die als Anlage beigefügte

Entschließung des Bundesrates: Potentiale der Industrie zur nachhaltigen  
Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bestmöglich ausschöpfen

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates in die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 21. März 2025 aufzunehmen und anschließend den Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren  
In Vertretung des Ministerpräsidenten

Julia Willie Hamburg



## **Entschließung des Bundesrates: Potentiale der Industrie zur nachhaltigen Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands bestmöglich ausschöpfen**

Der Bundesrat möge beschließen:

Mit dem Amtsantritt der neuen US-Administration und der erkennbaren Neuausrichtung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik sind die verteidigungspolitischen Herausforderungen für Deutschland und Europa gestiegen.

Unverändert muss in Europa mit einer weiteren Eskalation durch Russland und einer Ausweitung der Konfliktlage gerechnet werden.

Es ist daher erforderlich, mehr in die Sicherheit, mehr in die Bundeswehr, mehr in die Fähigkeiten der Landes- und Bündnisverteidigung und mehr in die staatliche und gesellschaftliche Resilienz zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Demokratie zu investieren.

Für die Produktion von militärischen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, von Fahrzeugen und sonstigen Materialien für einen mehrjährigen Konfliktfall, einschließlich der erforderlichen Kampf- und Einsatzunterstützungsgüter, sind jetzt geeignete Maßnahmen zu treffen und in die Umsetzung zu bringen. Dabei ist auch die vorhandene Expertise in der KI, Datatech, Cybersicherheit und Weltraum zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit einzubeziehen.

1. Der Bundesrat stellt fest, dass sich angesichts der Umstellung erheblicher Anteile der russischen Industrie auf die Produktion von Rüstungsgütern, einer unveränderten Eskalationsbereitschaft der russischen Regierung im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie zunehmender Interessendivergenzen in der transatlantischen Wertegemeinschaft Fragen der Landes- und Bündnisverteidigung mit neuer Dringlichkeit stellen.
2. Trotz der maßgeblichen Anstrengungen, die Deutschland zur Stärkung und Weiterentwicklung seiner Verteidigungsfähigkeit unternommen hat, erachtet es der Bundesrat als nicht abschließend gesichert, dass Deutschland den Herausforderungen einer möglichen mehrjährigen Konfliktsituation im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung gerecht werden kann und erkennt auf europäischer Ebene kaum ausreichende industrielle Kapazitäten und Fähigkeiten für eine gesicherte, langjährige und quantitativ ausreichende Herstellung von zeitgemäßen Produkten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.
3. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Bundesrat die Ergebnisse der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 6. März 2025 in Brüssel. Der Bundesrat unterstreicht ausdrücklich die Relevanz einer europäisch abgestimmten und langfristig angelegten Rüstungsstrategie, die steigende Produktions- und Lieferkapazitäten europaweit sicherstellt sowie Einspar- und Synergieeffekte nutzt.
4. Der Bundesrat wertet den von der Europäischen Kommission am 4. März 2025 vorgestellten sogenannten *ReArm Europe Plan* zur Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsfähigkeit als wichtiges Zeichen der Europäischen Union, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen. Er begrüßt die Initiative der Europäischen

Kommission als substantiellen Impuls zur Intensivierung verteidigungsindustrieller Anstrengungen auf europäischer Ebene.

5. Gleichwohl weist der Bundesrat darauf hin, dass signifikante Bestandteile des ReArm Europe Plan auf Investitionen der Mitgliedstaaten beruhen, deren haushaltspolitische Situation europaweit von großen Unterschieden ausstattungs- und verfassungsrechtlicher Natur geprägt ist. Der Bundesrat fordert die Europäische Kommission auf, diesen Unterschieden in der Ausgestaltung von Programmen und Kooperationsformaten Rechnung zu tragen und zeitnah begleitende Maßnahmen zur Mobilisierung privater Finanzmittel zu erarbeiten.
6. Mit Blick auf den nationalen Finanzierungsbedarf vertritt der Bundesrat die Auffassung, dass die Höhe erforderlicher Investitionen in erster Linie an den notwendigen Fähigkeiten orientiert sein muss, die für die Landes- und Bündnisverteidigung in Kooperation mit europäischen Partnern erforderlich ist. Vor diesem Hintergrund fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, auf der Basis von Verteidigungsplänen oder in Anlehnung an die Minimum Capability Requirements (MCR), dezidiert zu bestimmen, welche Fähigkeiten für die Bundeswehr erforderlich sind und was dies an Personal und Material für eine mehrjährige Konfliktsituation im Bündnisfall und unter Berücksichtigung der gesamten erforderlichen Kampf- und Einsatzunterstützung bedeutet.
7. Angesichts der besonderen Rolle, die den Ländern bei der Umsetzung verteidigungsindustrieller Maßnahmen zukommt, fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, die für die Umsetzung des Operationsplan Deutschland erforderlichen zivil-hoheitlichen und zivil-gewerblichen / zivil-wirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der etablierten Zusammenarbeit mit den Ländern zeitnah zu benennen bzw. weiter zu konkretisieren und auf dieser Basis und in Zusammenarbeit mit den Ländern eine Strategie für industrielle Produktionskapazitäten zu entwickeln, die mögliche Synergien im Bereich von Innovation und Hochtechnologie für zivile und wirtschaftliche Anwendungen mitberücksichtigt.
8. Der Bundesrat erachtet es für notwendig, die Entwicklung einer solchen Strategie mit einer langfristig belastbaren Nachfrageinitiative für die erforderlichen militärischen Güter zu begleiten, um Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen und fordert die Bundesregierung auf, in der Erstellung einer solchen Strategie auch das Prinzip der sogenannten 25-Millionen-Euro-Vorlagen für Beschaffungs- und Entwicklungsprojekte der Bundeswehr für Industrie- und Dienstleistungen zu prüfen.
9. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung hierfür, zusammen mit den Ländern, die erforderlichen Maßnahmen im Sinne der nationalen und europäischen Gesamtverteidigungsbereitschaft Deutschlands und Europas so schnell wie möglich in die Wege zu leiten.